Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6 — Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend — Postscheckkonto Leipzig 28614

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung monatlich 4 Mk., durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Inseratenpreis 1 Mk. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis 40 Pfg., Reklamen 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2gespaltene Korpuszeile 3 Mk. Nachweisungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Lässig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 65. Freitag den 18. März 1921. 80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 20. bis 26. März 1921 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

a) auf **sämtliche Nährmittelkarten**, Abschnitt 10
350 Gramm amerikanisches Weizenmehl, Pfundpreis 4.70 Mk. und eine Dose kondensierte Vollmilch mit oder ohne Zucker für 11 Mk. bzw. 8,50.

b) auf **gelbe** und **weiße Nährmittelkarten**, Abschnitt 10
ein Paket Keks, Preis für ein Paket 1,80 Mk.

c) auf **sämtliche Lebensmittelkarten** Abschnitt 10
¼ Pfund Auslandszucker, Pfundpreis 8.40 und eine kg-Dose Leber- oder Blutwurst, Preis für die Dose 8.20 Mk 2928

Meißen, am 15. März 1921. Nr. 232 II F. **Die Amtshauptmannschaft.**

Umsatzsteuereinsprüche

sind beim hiesigen Stadtrat anzubringen.

Wilsdruff, am 16 März 1921. 2930 **Der Stadtrat.**

Ausländische Arbeiter betreffend.

Die Vorschriften über Inlandslegitimierung der ausländischen Arbeiter liegen im Verwaltungsgebäude, Zimmer 15, zu jedermanns Einsicht aus.

Wilsdruff, am 16. März 1921. 2929 **Der Stadtrat.**

Unentgeltliche Abgabe von holländischen Salzschnittbohnen

an Minderbemittelte, Kleinrentner usw. Freitag den 18. März 9—12 Uhr im Verwaltungsgebäude. Gefäße mitbringen. 2925

Wilsdruff, am 16. März 1921. **Der Stadtrat. Kriegswirtschaftsabt.**

Kartoffelverkauf.

Freitag den 18. März von 1—4 Uhr. Ztr. 35 Mk. Bezahlung hat vormittags im Verwaltungsgebäude — Zimmer Nr. 2 — zu erfolgen. 2924

Wilsdruff, am 16. März 1921. **Der Stadtrat. Kriegswirtschaftsabt.**

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Der Reichstagsausschuß für das neue Entwaffnungsgesetz verlangt von der Reichsregierung die Veröffentlichung ihres Briefwechsels mit Bayern über die Einwohnerwehr.

* Wie verlautet, hat der französische Botschafter in Berlin dem Staatssekretär v. Haniel eine offizielle Beschwerde seiner Regierung über die von General v. Seeckt vor den Offizieren und Beamten des Reichswehrministeriums gehaltene Rede überreicht.

* Die Reichsbank erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von 121 Millionen Mark.

* In London wurde zwischen England und Rußland ein Handelsabkommen abgeschlossen.

* Zwischen Polen und Rußland ist in Riga ein vorläufiger Friede abgeschlossen worden.

* Trotzki hat den Aufständischen ein neues Friedensangebot gemacht, das aber ebenso wie ein Waffenstillstand abgelehnt wurde.

Mißbrauchtes Gastrecht.

Es wird immer interessanter in Berlin. Wie lange ist es her, daß irgendwo im ehemaligen Scheunenviertel dort, wo sich der Abhub östlicher Völkerschaften niederzulassen pflegt, sobald es ihm geglückt ist, den Boden der deutschen Reichshauptstadt zu erreichen, ein polnisch-russischer Jude von einem bolschewistischen Agenten überfallen und erdolcht wurde? Spionage und Gegenspionage, das widerwärtigste Spitzeltum von Landsleuten untereinander spielte bei dieser Mordtat eine hervorragende Rolle; da es geglückt ist, den Täter — in einem kommunistischen „Erziehungsheim" in Birkenwerder dingfest zu machen, wird man ja wohl in dieses Getriebe unserer östlichen Nachbarn endlich einmal einen tieferen Einblick erhalten. Und nun wird in einer der vornehmsten Straße des Berliner Westens, am hellerlichten Tage, ein früherer Großwürdenträger des türkischen Reiches niedergeschossen, wieder von einem Landsmann oder wenigstens von einem Volksgenossen im weiteren Sinne des Wortes. Ein junger armenischer Student fühlt das Bedürfnis, seinen Rachedurst an Talaat Pascha, dem Führer des Jungtürkentums in verflossenen Tagen, zu stillen, und da er ihn in der Heimat nicht erreichen kann, stellt er ihn in Deutschland. Ist es Blutrache, ist es politischer Fanatismus, der ihn vorwärtstreibt, oder haben wir es auch etwa in diesem Falle mit einem gedungenen Mörder zu tun, gleichviel: wieder muß deutscher Boden dazu herhalten, daß fremdländische Tragödien auf ihm ausgetragen werden — als hätten wir an eigenen Gewalttaten und Verbrechen noch nicht genug!

Hier zeigt sich eine der vielen Kehrseiten unserer fast schrankenlos geübten Gastlichkeit gegenüber allen Fremden, von wannen sie auch kommen mögen. Wohl ist kürzlich auch in der französischen Hauptstadt ein albanesischer Grande ums Leben gekommen, und die aus der Heimat geflüchteten Griechen fühlen sich auch nirgends ihres Lebens recht sicher. Aber die Buntscheckigkeit des Ausländertums in Berlin übertrifft doch wohl jeden anderweitigen Wettbewerb auf diesem Gebiete. Wir wollen nicht davon reden, daß auch der Dynamitanschlag gegen die Siegessäule mit Ausländern in Verbindung gebracht wird, denn dafür liegen zurzeit noch keinerlei zwingende Beweise vor; wir wollen auch davon nicht viel Aufhebens machen, daß in der täglichen Verbrecherchronik der Reichshauptstadt das ausländische Element eine mehr und mehr sich hervordrängende Rolle spielt. Aber wenn sich Fälle wie diese beiden Mordtaten, von denen hier die Rede ist, erst zu häufen beginnen, dann wird Berlin bald vollends um seinen guten Ruf gekommen sein. Daneben müssen wir aber auch an die Möglichkeit internationaler Schwierigkeiten denken, die sich bei dem heutigen Reizzustand der Völkerbeziehungen nur zu leicht im Anschluß an solche Vorkommnisse entwickeln können. Es sei nur daran erinnert, daß die Moskauer Regierung den nachrevolutionären Gewalten in Wien wie in Budapest in den Arm fiel, als die Anstalten getroffen werden sollten, um grober Verbrechen Beschuldigte zur Rechenschaft zu ziehen. Man drohte mit der Niedermetzelung von soundsovielen österreichischen oder ungarischen Staatsangehörigen, für den Fall, daß der Justiz in Wien oder in Budapest freier Lauf gelassen werde. Auf der andern Seite muß daran erinnert werden, daß die Ermordung des deutschen Gesandten in Moskau, des Grafen Mirbach, noch jetzt nicht die angemessene Sühne gefunden hat. Eine Tatsache, an die erst vor kurzer Zeit Minister Dr. Simons im Reichstage, gegenüber dem fortgesetzten Drängen auf Wiederanknüpfung völkerrechtlicher Beziehungen mit Sowjetrußland, erinnerte. Wer kann dafür bürgen, daß, wenn es dem obenerwähnten Mörder aus dem Scheunenviertel an den Kragen geht, nicht abermals Moskauer Funksprüche in Berlin einlaufen, mit dem Ziele, dieses Werkzeug korrupter Parteipolitik vor der deutschen Strafjustiz zu retten? Und was den Mörder Talaat Paschas betrifft, der auf den nicht gerade europäisch klingenden Namen Salomon Teilirian hören soll — wird nicht auch hinter ihm wieder irgendeine dunkle Macht stehen, die es als ihre Aufgabe betrachten mag, den Henker des „Henkers der Armenier" vor den Folgen seiner Tat zu schützen? Und umgekehrt: Wenn der Mord an Talaat Pascha ungesühnt bleiben sollte, würden dann nicht wieder seine jungtürkischen Freunde es als ihre Aufgabe ansehen, die Sühne für dieses Verbrechen in ihre Hand zu nehmen?

Man sieht, die sich häufenden Emigrantenmorde können uns unter Umständen in sehr heikle Lagen bringen, denen unsere Staatskunst schwer gewachsen sein möchte. Wäre es nicht tausendmal klüger, diesen Gefahren durch strengere Handhabung des Gastrechts vorzubeugen?

Wohin führt der Weg?

Auseinandersetzungen in der französischen Kammer.

In der französischen Kammer ist das Verlangen, über die Maßnahmen gegen Deutschland zu sprechen, so groß, daß sie alle von der Regierung festgehaltenen Dämme durchbricht. Obwohl Ministerpräsident Briand wiederholt erklärte, erst am Donnerstag über die Londoner Konferenz reden zu wollen, gingen mehrere Abgeordnete schon ausführlich auf die Sache ein. Der Abgeordnete Henessy äußerte starke Zweifel über die Zweckmäßigkeit der „Sanktionenen", der linksstehende Abgeordnete Marcel Cachin griff die Politik des früheren Präsidenten Poincare heftig an und betonte unter großem Lärm der nationalistischen Parteien, er und seine Parteifreunde weigerten sich, den militärischen Unternehmungen der Regierung zu folgen. Der rechtssozialistische Abgeordnete Auriol beklage, daß die internationale Solidarität bei den jetzigen Entschlüssen fehle. Der sog. bewaffnete Friede habe abermals mit Gewaltstreichen in Düsseldorf begonnen, man sehe nicht, wohin der Weg der Gewalt noch führen werde. Die Besatzungskosten verschlängen mehr, als die ganzen zweifelhaften Unternehmungen einbringen könnten.

Deutscher Privatbesitz in England gesichert.

Aus dem ausführlichen Bericht über die letzten Beratungen des englischen Unterhauses ist zu ersehen, daß der Staatssekretär Chamberlain feststellte, die englische Regierung habe vor kurzem ihre Absicht kundgegeben, von ihrem Rechte betreffend die Beschlagnahme des Eigentums deutscher Untertanen in England und den Dominions keinen Gebrauch zu machen. Er sagte, dieses Versprechen bleibe unberührt. Wenn England ein Versprechen gebe, so halte es dieses Versprechen, und es sei keine Rede von der Beschlagnahme solchen Eigentums, und im besonderen bestehe nicht, was in irgend einer Hinsicht die Freiheit deutscher Untertanen, mit ihren Beständen, die sich in britischen Händen befinden, zu operieren, beeinträchtigen könnte.

Ruin des englischen Handels befürchtet.

Dem „Daily Herald" zufolge werde nach Ansicht der englischen Geschäftswelt der Entschädigungsplan Lloyd Georges zum Ruin des englischen Handels führen. Der Widerstand der Geschäftswelt gegen die Bill betreffend die 50prozentige Einfuhrabgabe nimmt dem Blatt zufolge dauernd zu. „Daily Herald" veröffentlicht eine Zuschrift, in der es heißt: Es würde für England lohnender sein, den Deutschen 11 Millionen Pfund in Gold zu geben und sie zu bitten uns Aufträge zu erteilen, als die „Deutschen zahlen zu lassen".

Im besetzten Gebiet.

Infolge der Sanktionen hat die Textilindustrie in Elberfeld und Barmen ihre Bestellungen von Rohstoffen in den alliierten Ländern annulliert und gleichzeitig den größten Teil von Bestellungen in fremden Ländern gestrichen. Die in Arbeit befindlichen Aufträge werden nur ausgeführt, wenn die Auftraggeber volle Zahlung garantieren und ohne jede Kürzung, und zwar durch einen Scheck auf eine neutrale Bank. Verschiedene Großfirmen haben sich schon dazu bereit erklärt.

Britische Geschäftsleute in Düsseldorf sehen die Errichtung der neuen Zollgrenze als ein zweckloses und kostspieliges Hilfsmittel an und erinnern an die Erfahrungen der Engländer am Kölner Brückenkopf vor der Ratifizierung des Friedensvertrages, wo trotz Stacheldrahts, Infanteriepatrouillen und Kontrolle an den Eisenbahnstationen der Schmuggel in riesigem Maße weiterging.

Die Grenzwachen an der deutsch-holländischen Grenze sind jetzt von französischen Truppen übernommen worden. Die Kontrolle der Pässe wird sehr scharf gehandhabt. Da sich bisher große Scharen Deutscher nach Holland zum Einkauf von Lebensmitteln begaben, ohne belästigt worden zu sein, so bemächtigte sich der Bevölkerung eine gewisse Unruhe, daß dieses Grenzüberschreiten nicht mehr erlaubt werde. Auch von holländischer Seite wird mitgeteilt, daß die französischen Grenzwachen Auftrag haben, sehr streng aufzutreten. Der Grenzverkehr dürfte daher bald ganz eingestellt werden.

Stimmungsumschwung in Amerika.

Einem Hamburger Blatt hat ein im politischen Leben Nordamerikas im Vordergrund stehender Deutsch-Amerikaner Erklärungen über die jetzige Stimmung gegeben. Der Amerikaner, der nach Deutschland gekommen ist, um sich hier durch eine mehrmonatige Rundreise ein Urteil über die wirkliche Lage in Deutschland bilden und dementsprechend dann drüben berichten zu können, erzählt, daß sich ein Umschwung im amerikanischen Volke zugunsten Deutschlands vollzogen habe. Selbst der verbissenste Yankee sei zu der Überzeugung gekommen, daß man den Deutschen Unrecht getan und man sich von der englischen Propaganda schmählich habe belügen lassen. Man wünsche an Deutschland alles wieder gut zu machen. Die Hauptsache sei jetzt, daß Deutschland gegenüber allen weiteren Forderungen der Entente fest bleibe. Denn nichts habe seinerzeit in Amerika einen schlechteren Eindruck gemacht, als das schmähliche Zurückweichen Deutschlands bei den Versailler Friedensverhandlungen. So sehr berechtigt auch der Skeptizismus der Deutschen gegenüber Amerika sei, so dürfe man doch jetzt fest auf Amerika vertrauen und er gewährte hierfür vertrauliche Einblicke in die nächsten Ziele der auswärtigen Politik Amerikas, namentlich auch im Hinblick auf für unabwendbar zu haltende bestimmte internationale Verwicklungen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neue Verhandlungen mit den Hohenzollern.

Um die Besitzverhältnisse zwischen dem preußischen Staat und dem Königshause zu klären, kam seinerzeit auf Grund der zwischen der Krone einerseits und dem Finanzministerium und dem Justizministerium anderseits geführten Verhandlungen ein Vergleich zustande. Die Verfassunggebende Landesversammlung genehmigte damals diesen Vergleich jedoch nicht, sondern verlangte eingehende Nachprüfung der Rechtsgrundlagen. Ermittlungen in dieser Hinsicht sind im Gange. Da neues Material inzwischen zugänglich geworden ist, so wird es wahrscheinlich zu voll-

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF